

Rolando Díaz/Kurt-Peter Schütt

Die Gewerkschaftsdachverbände: im Dienst der Parteien und der Macht

1. Der Kampf der Parteien um die Vorherrschaft in der Gewerkschaftsbewegung

Die Grundstruktur der gegenwärtigen venezolanischen Gewerkschaften (Betriebsgewerkschaften, sektorale, regionale und nationale Föderationen) entstand nach dem Ende der archaischen Militärdiktatur des Generals Juan Vicente Gómez in einer Phase hektischer politischer und gesellschaftlicher Umbrüche. Deren ökonomischen Antrieb bildete die um 1921 von US-amerikanischen Konzernen vorangetriebene kommerzielle Nutzung der Erdölvorkommen in der Region des Maracaibo-Sees. Mit ihr breitete sich die Lohnarbeit in größerem Umfang aus, doch wurde die Bildung von Gewerkschaften ebenso wie die Tätigkeit schon bestehender Arbeits- und Handwerkervereinigungen vor allem im Dienstleistungsbereich (Eisen- und Straßenbahnen, Elektrizitäts-, Telefon- und Telegraphenunternehmen, Druckgewerbe) durch systematische Repression des Regimes fast unmöglich gemacht (Urquijo 2000: 13-15). Wegen der Gleichsetzung von Regierung und Staat und der faktischen Abwesenheit jeglicher arbeitsrechtlicher und sozialstaatlicher Gesetzgebung betrachteten die jeweiligen Regierungen die entstehenden Gewerkschaften von Beginn an als politisch destabilisierenden Faktor. Deren beschränkte Artikulationsfähigkeit und erhebliche Schwierigkeiten bei der Bildung überbetrieblicher Organisationen wiederum legten die Suche nach außergewerkschaftlichen Bündnispartnern, die diese Defizite beheben konnten, nahe. Trotz staatlicher Verfolgungen unterstützten so breitere Teile der Arbeitnehmerschaft 1928 heftige gegen das Regime gerichtete Studentenproteste, die den Beginn eines großen Einflusses der politisch oppositionellen Akademiker auf die Gewerkschaften und zugleich einer durchgreifenden Politisierung der zukünftigen Arbeitnehmerorganisationen markierten (Urquijo 2000: 15). Aus diesen Akademikern und späteren Politikern gingen die maßgeblichen Parteien hervor, die den gesellschaftspolitischen Kurs der Gewerkschaften und ihre Aktionen in hohem Maße bestimmen sollten.

Unmittelbar nach dem Tod des Diktators Gómez konstituierte sich 1936 unter dem mehrheitlichen Einfluss der 1931 in der Illegalität gegründeten und 1935 in die Kommunistische Internationale aufgenommenen "Republikanischen Fortschrittspartei" erstmals eine nationale Dachorganisation als *Confederación Venezolana de Trabajo* (CTV) mit einem Kommunisten als Generalsekretär. Doch schon ein Jahr später dekretierte die Militärregierung López Contreras das Verbot der Partei und der CTV. Unter dem pro-alliierten Regime des Generals Medina, mit dem die moskautreue Mehrheit der Kommunisten zusammenarbeitete, misslang wegen des Boykotts der nichtkommunistischen Kräfte 1944 der von der PCV (*Partido Comunista de Venezuela*) gesteuerte Versuch zur Wiederbelebung der CTV. Aus der Spaltung der zwischenzeitlich entstandenen "Demokratisch-Nationalen Partei" gingen als Minderheit die Kommunistische Partei (PCV) und als Mehrheitsflügel unter dem ideologischen Einfluss des Peruaners Victor Raúl Haya de la Torre (Haya de la Torre 1926) die Partei *Acción Democrática* (AD) hervor, die im Gegensatz zu den Kommunisten klassenübergreifende Bündnisse von Arbeitern, Bauern, der Mittelschicht und der städtischen Intelligenz propagierte. Den marxistisch-leninistischen Positionen der von der Komintern dirigierten "Weltpartei" stellte AD nationalistische und im Kern sozial-reformerische gegenüber, die als spezifisch lateinamerikanisch interpretiert wurden.

Aus der Wahl zu einer Verfassungsgebenden Versammlung und aus der anschließenden Präsidentschaftswahl, den ersten demokratischen Wahlgängen seit der Unabhängigkeit, ging AD siegreich hervor, während die PCV nur 3-4% der Stimmen erhielt. Als regierende Kraft monopolisierte AD zwischen 1945 und 1948 die Politik und den Staatsapparat und schuf unter diesen Bedingungen 1947 den Rahmen für den 2. Kongress und die Neugründung der *Confederación Venezolana de Trabajadores* unter ihrer Tutel. Ebenso entstand die Bauernorganisation *Federación Campesina*, die AD einen wichtigen Rückhalt bei der ländlichen Bevölkerung gab (Urquijo 2000: 22f.). Nach dem Staatsstreich einer Militärjunta bekämpfte die nachfolgende Diktatur von Marco Pérez Jiménez 1952 alle oppositionellen Kräfte: "Waren die Bauernverbände wegen ihrer engen Bindung an die AD schon vorher völlig zerschlagen worden, so erlitt nun auch die Gewerkschaftsbewegung das gleiche Schicksal" (Allemann 1974: 123). Das Militärregime zwang die Führer der politischen Parteien und der Gewerkschaften in den Untergrund oder ins Exil.

Am Sturz der Diktatur waren die Gewerkschaften insoweit erheblich beteiligt, als sie unter der Leitung eines breiten Untergrundbündnisses der politischen Opposition um die Jahreswende 1957/1958 einen Generalstreik inszenierten, an dem sich auch große Teile der Unternehmerschaft beteiligten (Allemann 1974: 124). Aus den historischen Erfahrungen heraus schlossen AD, die 1946 gegründete "christlich-soziale" Partei COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente*) und die später an Bedeutung verlierende Linkspartei URD (*Unión Revolucionaria Democrática*) 1958 einen Pakt (*Pacto de Punto Fijo*), in dem sie sich zum Aufbau der Demokratie und der zukünftigen Vermeidung exzessiver Parteienrivalitäten verpflichteten. Damit sollten das Militär aus der Politik herausgehalten und zugleich der äußersten Linken der Kampf angesagt werden. Die demokratischen Präsidentschafts- und Kongresswahlen Ende 1958 wiesen AD und COPEI als die beiden vorherrschenden politischen Kräfte aus, während die Kommunisten im Landesdurchschnitt nur auf etwas mehr als 6% kamen. Doch jenseits der Wählerzustimmung war deren ideologischer Einfluss in Teilen der AD, den wieder zugelassenen Gewerkschaften und erst recht in den freiberuflichen Verbänden von Ärzten, Rechtsanwälten, Lehrern und Journalisten überproportional hoch (Allemann 1974: 129). Von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen, unterstützten die Kommunisten, befeuert durch die Kubanische Revolution und provoziert von der strikt antikommunistischen Politik des AD-Präsidenten Rómulo Betancourt, zwei erfolglose Militärrevolten und beteiligten sich Anfang der sechziger Jahre ebenso wie eine radikale Abspaltung der AD an terroristischen Aktionen der städtischen und ländlichen Guerilla.

Die neuen politischen Machtverhältnisse spiegelten sich in der CTV wider. Zwar kam es 1959 anlässlich des 3. Kongresses der CTV zur Wiederbegründung des Dachverbandes mit einem Vorstand, in dem alle politischen Parteien repräsentiert waren, doch schon zwei Jahre später, auf dem 4. Kongress, schloss die Mehrheit von AD und COPEI die Kommunisten, die Vertreter der UDR und einer linksradikalen Abspaltung von AD aus dem Dachverband aus. Der unmittelbare Anlass bestand in einem Streik der von Radikalen dominierten Gewerkschaft der Bankangestellten, die zum Generalstreik und zur allgemeinen Volkserhebung aufgerufen hatten. In der Folge gründeten die Kommunisten 1963 ihren eigenen Dachverband unter der Bezeichnung *Central Unitaria de Trabajadores de Venezuela* (CUTV), der aber wegen einer nur geringen Zahl an Mitgliedsorganisationen nie eine bedeutende Rolle spielen konnte.

2. Die CTV in der Demokratie: Pragmatismus ohne gesellschaftspolitische Strategien

Der "Pacto de Punto Fijo" bildete den Rahmen für einen breiteren Basiskon-sens und förderte den Prozess der Konsolidierung der neuen zivilen politi-schen Eliten. Im Gegensatz zum Nachbarland Kolumbien, wo zur selben Zeit die alternierende und paritätische Machtverteilung zwischen den beiden vorherrschenden Parteien sogar verfassungsrechtlich kodifiziert wurde, ent-stand in Venezuela eine relativ offene Wettbewerbsdemokratie korporativen Charakters, in der auch neu entstehende politische Gruppierungen Zugang zu allen Institutionen hatten. Innerhalb dieses Systems bildeten die Gewerk-schaften ebenso wie das Arbeitgebergremium FEDECAMERAS (*Federa-ción de Cámaras y Asociaciones de Comercio y Producción*) eine tragende Säule mit der zentralen Funktion, die Arbeitnehmerschaft politisch und ge-sellschaftlich zu integrieren. Deswegen ging ihre Bedeutung weit über die Tarifpartnerschaft und das Aushandeln von Arbeitsbedingungen hinaus und erstreckte sich auf allgemeinpolitische, wirtschafts- und sozialpolitische Bereiche. Der Staat anerkannte die Gewerkschaften als legitime Interessen-vertreter der Arbeitnehmer und gewährte ihnen attraktive Partizipationsmög-lichkeiten bei allen Entscheidungen, die die gewerkschaftliche Klientel be-trafen. Im Gegenzug verpflichtete sich die CTV als tonangebender Verband zur Konsolidierung und Verteidigung des demokratischen Regimes und der etablierten Gesellschaftsordnung, was den Ausschluss jeder Art system-destabilisierender Aktionen mit sich brachte. Dies beinhaltete auch den Ver-zicht auf Konzepte und wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzungen, die die bestehende Eigentumsordnung und die enorm ungleiche Einkommens-verteilung tangierten. Als oberstes Ziel galt es, den "Arbeitsfrieden" unter allen Umständen zu wahren und die gewerkschaftspolitischen Forderungen über staatliche Instanzen zu kanalisieren.

Dabei war die Arbeitsgesetzgebung restriktiv und interventionistisch. Die Ausführungsbestimmungen des Arbeitsgesetzes von 1974 machten die Anwendung des Streikrechts fast unmöglich und ein weiteres Gesetz aus dem Jahr 1990 verpflichtete die jeweiligen Gewerkschaftsführungen zur jährlichen Offenlegung ihres Finanzgebarens und drohte bei Zuwiderhand-lung die Einschaltung staatlicher Prüfinstanzen an. Andererseits verfügte die CTV über eine eigene Parlamentsfraktion, die gesetzliche Initiativen für Reformvorhaben zum Nutzen der Arbeitnehmer in Gang setzen konnte. Die Beziehungen zum Staat gestaltete im Wesentlichen das Arbeitsministerium, das in der Regel ihm genehme Einzelgewerkschaften nach Kräften förderte

und ihnen eine bevorzugte Behandlung bei Tarifverhandlungen zukommen ließ. Aus ihrer spezifischen Rolle entwickelte die CTV ein Selbstverständnis, das auf Kooperation und Dialog, nicht aber auf Konflikt und Konfrontation beruhte. Innerhalb der amerikanischen Regionalorganisation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), der *Organización Regional Interamericana de Trabajadores* (ORIT), galt die CTV deswegen als eher konservativer Verband.

Unter diesen Vorzeichen erreichte die CTV eine Reihe wichtiger Reformen für die Arbeitnehmerschaft wie den Aufbau eines effektiven Sozialversicherungssystems, das Schutz vor Krankheit und Arbeitslosigkeit gewährte und die Rentenversicherung einführte, und eine Reihe von gesetzlichen Regelungen gegen ungerechtfertigte Entlassungen, die Ausweitung von tarifvertraglichen Vereinbarungen auf den öffentlichen Sektor und wichtige Mitbestimmungsrechte in den Staatsunternehmen zugestanden. Darüber hinaus konnte unter der gemeinsamen Leitung mit Arbeitgebern und dem Staat das *Instituto Nacional de Cooperación Educativa* (I.N.C.E.) aufgebaut werden, das der beruflichen Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmerschaft diente (Godio 1983: 56-98). Durch die massiv vom Staat unterstützte Gründung einer "Arbeiterbank" (*Banco de los Trabajadores*, B.T.V.) im Jahre 1968 avancierte die CTV außerdem zu einem bedeutenden Akteur im Finanzsektor, dessen irreguläres Verhalten allerdings Anfang der achtziger Jahre die Intervention der Bankenaufsicht mit der nachfolgenden Liquidation der Bank zur Folge hatte (López Maya 1989). In diesen Jahren erreichte der Dachverband als machtvolle Organisation einen Höhepunkt. Der Mitgliederbestand stieg zwischen 1961 und 1978 rasant von 17% auf rund 45% der arbeitsfähigen Bevölkerung (*Oficina Central de Estadística e Informática, Informe Anual 2004*, Caracas 2005) und blieb bis zum Anfang des nachfolgenden Jahrzehnts auf diesem Niveau.

Der pragmatische Ansatz der CTV-Politik verschaffte den Arbeitnehmern etwa bei der Aushandlung von Tarifverträgen viele Vorteile. Andererseits war sie mit dem Verzicht oder der Unfähigkeit verbunden, strategische Ziele zu setzen und Ideen zur Bewältigung des organisatorischen und technischen Wandels in den Unternehmen zu entwickeln. Dies blieb gänzlich den jeweiligen Regierungen und der Arbeitgeberseite überlassen. Die CTV agierte deshalb objektiv als Garant der Vorrechte der Kapitalsseite und des Staates, indem sie sich darauf konzentrierte, spontane Aktionen ihrer Basis und eventuelle Beeinträchtigungen der "Arbeitsdisziplin" zu entschärfen (Arrieta 2008). In diesem Sinne fungierten die obersten Gewerkschaftsführungen als

Transmissionsriemen des Staates und der Unternehmer gegenüber der Masse der Arbeitnehmer. Die wichtigen gewerkschaftspolitischen Entscheidungen des CTV-Vorstands unterlagen in aller Regel den Direktiven der Parteien, in erster Linie von AD. Die Gewerkschaftsführer waren deshalb vor allem disziplinierte Kader ihrer jeweiligen politischen Gruppierung, ihre Macht damit weitestgehend eine delegierte Macht. Diese Subordination ging so weit, dass die wichtigsten Positionen im Dachverband und den bedeutendsten Föderationen von den nationalen Vorständen der Parteien bestimmt wurden und von den Gewerkschaftsmitgliedern nurmehr zu ratifizieren waren. Immer wenn ein Gewerkschaftsführer wegen Todes oder Rücktritts nicht mehr zur Verfügung stand, entschied das Exekutivkomitee der jeweils zuständigen Partei über den Nachfolger, wobei das Kriterium der parteipolitischen Zuverlässigkeit über dem der Verankerung in der Gewerkschaftsbewegung rangierte.

Das korporative System war mehr als zwanzig Jahre lang durchaus erfolgreich. Gestützt auf wachsende Einnahmen aus dem Ölexport gelang es, sich normalerweise ausschließende Ziele gleichzeitig zu erreichen. Schnell wachsende Konsumausgaben erwiesen sich mit ebenso rasch zunehmenden Investitionen vereinbar, die Löhne im Industriesektor stiegen bei Weitem schneller als die Produktivität und schränkten keineswegs die hohen Gewinne der Unternehmer ein. Hohe Sozialausgaben des Staates waren kompatibel mit enormen öffentlichen Investitionen im produktiven Sektor. Insbesondere nach der Nationalisierung der Erdölindustrie im Jahr 1974 setzten die politischen Eliten auf das Modell des rentenfinanzierten Staatskapitalismus, das dem Staat die Rolle des zentralen wirtschaftlichen Entwicklungsagenten zuweist.

Doch die Megalomanie der politischen Projekte, die mit der Schaffung immer neuer Institutionen rasch ausufernde staatliche Bürokratie, die erheblichen administrativen und organisatorischen Ineffizienzen der Regierungsführung und ein überbordender politischer Klientelismus ließen dieses Modell auch vor dem Hintergrund nicht mehr steigender oder rückläufiger Erdöleinnahmen schon in den achtziger Jahren scheitern. Es erwies sich, dass der Staat zwar beanspruchte, omnipotent zu sein, aber in Wirklichkeit eher nur omnipräsent war. Die für viele Venezolaner traumatische Erfahrung der Abwertung der Landeswährung im Jahr 1983 bedeutete das sichtbare und vor allem spürbare Ende der "Bonanza", erzeugte schärfere Verteilungskonflikte und ließ die Legitimationsbasis des Korporatismus erodieren. Die einhergehende Bürokratisierung der politischen Parteien und der Gewerk-

schaften und ihre weitgehende Unfähigkeit, die strukturellen Gründe für das Scheitern der rentenbasierten Entwicklung zu erkennen, entfernte sie zusehends von ihrer gesellschaftlichen Basis. Je dringlicher sich die Probleme zuspitzten, desto zentralistischer verliefen Entscheidungsprozesse in den Parteien und Gewerkschaften, die – oft genug in Hinterzimmer verlagert – für das Publikum nicht mehr nachvollziehbar waren. 1984 scheiterten ein tripartiter Sozialpakt aus Mangel an Ressourcen ebenso wie 1989 der mit einem Volksaufstand (*Caracazo*) beantwortete Versuch des Präsidenten Carlos Andrés Pérez, den an sich angebrachten, aber sozial unausgewogenen Kurswechsel hin zu einer marktbasierten Entwicklungsstrategie einzuleiten. Bei diesem Reformvorhaben zeigten sich die geringe Autonomie der CTV und die sich auftuende Distanz zwischen Führung und Basis insoweit, als die Gewerkschaften verschiedener öffentlicher Dienste das Projekt zwar bestritten, die Gewerkschaftsvertreter im Parlament ihm aber zustimmten. In den Augen vieler Arbeitnehmer verlor die CTV damit weiter an Vertrauen, Nützlichkeit und gesellschaftspolitischer Relevanz.

Auch die mit einem radikal-populistischen Diskurs unterlegte Politik des Präsidenten Rafael Caldera (1994-1999) endete als Fehlschlag und diskreditierte die maßgeblichen Akteure des Paktes von Punto Fijo – nicht ohne ihr tatkräftiges Mitwirken – vollends. Der rund 20-jährige wirtschaftliche Niedergang drückte sich in der nachhaltigen Veränderung des Arbeitsmarktes mit einer rapiden Informalisierung der Wirtschaft und mit verschiedenen Anzeichen sozialer Anomie aus. Die daraus resultierende Erosion der gewerkschaftlichen Mitgliederschaft schwächte die CTV zusätzlich. Der Organisationsgrad ging bis 1995 auf 13,5% zurück (Roberts 2003: 61).

Die tiefe Krise des korporativen Systems, das unter den ungünstigen exogenen Rahmenbedingungen die ihm ohnehin eigenen Züge eines parteipolitisch pluralistisch unterlegten “demokratischen Zentralismus” exzessiv akzentuierte, offenbarte auch deutlich das von den Eliten gepflegte geringe Maß an innerparteilicher und innergewerkschaftlicher Demokratie. Ihre Selbstbezogenheit und Unfähigkeit, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme stark verunsicherter, größerer Bevölkerungskreise zu erkennen und sozial ausgewogene Politiken zu erklären und durchzusetzen, schlug voll auf sie zurück.

3. Die Marginalisierung der CTV im Chavismus

Hugo Chávez bestritt den Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 1998 mit einer äußerst populären Fundamentalkritik an der "repräsentativen" Demokratie der von ihm so benannten "4. Republik" des Paktes von Punto Fijo, der er sein Konzept der "partizipativen" Demokratie gegenüberstellte, und ließ keinen Zweifel aufkommen, dass die "korrupte" und "bürokratisierte" CTV zu seinen Hauptgegnern zählte. In einem Interview erklärte er:

Wenn wir die Regierungsfähigkeit nicht herstellen, wenn wir es nicht schaffen, die Strukturen und die Kräfteverhältnisse im Parlament, der Judikative und der realen Faktoren zu transformieren, z.B. die CTV, die zerstört werden muss, werden wir nichts erreicht haben (Blanco Muñoz 1998: 392, Übers. v. Verf.).

Dies drückte sich auch in der Ende 1999 in Kraft tretenden neuen Verfassung aus, die im Artikel 293 der Obersten Wahlbehörde die Aufgabe zuwies, interventionistisch alle innergewerkschaftlichen Wahlen in ihrer Zuständigkeit zu organisieren und durchzuführen. Außerdem entzog die Regierung den Gewerkschaften ihre wichtigste finanzielle Einnahmequelle, indem die in vielen Unternehmen tarifvertraglich gepflegte Praxis des Abzugs der Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn verboten wurde (Iranzo/Richter 2005, Kap. 3).

Die CTV begegnete den Attacken Anfang 1999 mit einem außerordentlichen Kongress, der zwar einen Beschluss über die grundlegende Demokratisierung aller Basisgewerkschaften und des Dachverbandes fasste, dem sie aber zunächst keine Taten folgen ließ. Sie durchlebte eine Etappe der Konfusion und inneren Unordnung, weil die sie traditionell kontrollierenden politischen Parteien derartig geschwächt waren, dass sie nicht mehr die Kraft und die Autorität für klare Vorgaben des gewerkschaftspolitischen Kurses aufbrachten und die neue Regierung nach dem Amtsantritt von Präsident Chávez am 2. Februar 1999 die Gewerkschaften mit einer Reihe von ungewohnt konfrontativen Maßnahmen bis hin zur Intervention des Landarbeiter- und Bauernverbandes (*Federación Campesina*) – einer wichtigen Basis der Partei AD innerhalb der ländlichen Bevölkerung –, der Enteignung des Sitzes und der Beschlagnahme seiner Bankkonten scharf angriff (Iranzo/Richter 2005, Kap. 3). Um weiteren Übergriffen vorzubeugen, trat der gesamte CTV-Vorstand zurück und beauftragte eine provisorische Führung mit der Durchführung innergewerkschaftlicher Wahlen. An diesem Relegitimationsversuch beteiligte sich neben verschiedenen anderen Strömungen die seinerzeitige chavistische *Frente Bolivariano de Trabajadores* (FBT), die auch in der verantwortlichen Wahlkommission vertreten war (Iranzo/Richter 2005,

Kap. 3). Auf der Gegenseite formierten sich die oppositionellen Gewerkschaften als *Frente Unitario de Trabajadores* (FUT), die der Partei *Acción Democrática* und einigen weiteren politischen Gruppen nahe stand. Schon in der Vorbereitungsphase kam es zu heftigsten Auseinandersetzungen, die den Prozess derart politisierten, dass nicht mehr gewerkschaftspolitische Themen im Vordergrund standen, sondern nur noch die Parteinahme für die politische Opposition oder den Chavismus.

Die Neuwahl der Gewerkschaftsführungen sowohl in den Basisorganisationen wie auch im Dachverband zog sich von August 2001 bis Januar 2002 hin und eröffnete schon deshalb Tür und Tor für zahlreiche irreguläre Verfahrensweisen und Manipulationsversuche auf allen Seiten. Als gesichert darf gelten, dass sich in den Basisorganisationen mehr als 920.000 Arbeitnehmer und im Dachverband rund 304.000 Personen beteiligten. Dies ist ein deutlicher Beweis dafür, dass die CTV Anfang 2002 noch als der bei Weitem stärkste Dachverband mit den meisten gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern gelten durfte. Andererseits endete der lange Wahlprozess mit dem Verschwinden von 49% der ausgefüllten Wahllisten, sodass dem Ergebnis nur eine eingeschränkte Aussagekraft über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse zugebilligt werden kann. Die Auszählung der verfügbaren Listen ergab für den Spitzenkandidaten des FUT, Carlos Ortega, 57,4% und für den Kandidaten des FBT, den früheren Bürgermeister von Caracas und späteren Bildungsminister Aristóbulo Istúriz, 15,8% der Stimmen (Santolo 2002).

Die mehrheitliche Wahl von Carlos Ortega zum Präsidenten der CTV dürfte ein gewisses Maß an Plausibilität haben, da er als langjähriger Arbeiterführer im Erdölsektor gewerkschaftlich ausgewiesen war, während sein Kontrahent als persönlicher Kandidat des Präsidenten Chávez ohne jeden Gewerkschaftshintergrund ins Rennen zog. Hinzu kommt, dass die organisierte Arbeitnehmerschaft als Teil der Mittelschichten nicht unbedingt zum "natürlichen" Wählerreservoir des Chavismus zu rechnen ist.

Mit Unterstützung des Obersten Gerichtshofes erkannte die chavistische Seite diese Ergebnisse nicht an. Die Regierung beantwortete den gescheiterten Übernahmeversuch mit der Politik der Nichtanerkennung der CTV und ihrer Einzelgewerkschaften als legitime Interessenvertreter der Arbeitnehmer und förderte über das Arbeitsministerium nach Kräften die Gründung von Parallelgewerkschaften, denen es selbstverständlich fördernd zur Verfügung stand. Während Ende 2001 genau 2.974 gewerkschaftliche Basisorganisationen offiziell registriert waren, von denen 2.871 die Bedingungen für inner-

gewerkschaftliche Wahlen erfüllten (*Consejo Nacional Electoral* 2002: 17, 19), vermeldete das Arbeitsministerium für Ende 2008 die Existenz von 6.124 und damit 3.150 neuen Organisationen (Aznarez 2009: 11). Da der gewerkschaftliche Organisationsgrad Ende 2008 auf etwa 11% der im formalen Sektor einschließlich des Öffentlichen Dienstes beschäftigten Arbeitnehmer gesunken war (Aznarez 2009: 11), lässt sich ein beschleunigter Prozess der Dispersion und Fragmentation der Gewerkschaftsbewegung konstatieren.

Unter Ortegas Führung gliederte sich die CTV voll in die Reihen der politischen Opposition ein. Angesichts des seinerzeitigen Anschwellens der gegen die Regierung Chávez gerichteten Proteste rief die CTV zu einem Streik gegen die "wachsende diktatoriale Politik" der Regierung auf und trug damit zu den Massendemonstrationen bei, die am 11. April 2002 in den Putschversuch des kurzfristigen Präsidenten Pedro Carmona mündeten. Zwischen Dezember 2002 und Februar 2003 organisierten die CTV und der Unternehmerdachverband FEDECAMERAS einen "zivilen Ausstand" mit dem Ziel des Sturzes des Präsidenten. Dem Ausstand schloss sich die vom Management des staatlichen Erdölunternehmens PDVSA (*Petroleos de Venezuela Sociedad Anónima*) betriebene Paralyse der Erdölförderung und des -exports an. Das ungewöhnliche Bündnis zwischen CTV und Arbeitgebern erinnert an den gemeinsamen Generalstreik, der 1957/1958 zum Sturz des Diktators Pérez Jiménez beigetragen hatte, allerdings mit dem qualitativen Unterschied, dass man sich damals auf den sehr breiten zivilen Widerstand und auf ein hohes Maß an Legitimität berufen konnte, während der Ausstand gegen Chávez einen Putschversuch gegen einen demokratisch gewählten Präsidenten darstellte. Das Scheitern dieses Abenteuers stellte für die CTV eine katastrophale Niederlage dar und fügte ihr einen wohl irreparablen Schaden zu. Der Vorsitzende Ortega ging 2004 ins Exil nach Costa Rica, wurde nach der illegalen Rückkehr nach Venezuela im Dezember 2005 zu einer 16-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt und floh im August 2006 aus der Haftanstalt. Ortega lebt heute in Peru, wo ihm die dortige Regierung aus "humanitären Gründen" Asyl gewährt hat. Die CTV hält ihn für einen von der venezolanischen Justiz politisch Verfolgten und betrachtet Ortega nach wie vor als ihren legitimen Präsidenten.

Unter der Führung des CTV-Generalsekretärs Manuel Cova, der zusammen mit dem exilierten Präsidenten auf der Liste des FUT kandidiert hatte, setzte der Dachverband seine eingeschlagene Politik als Teil der *Coordinadora Democrática*, einem lockeren Bündnis der politischen Opposition, fort.

Diese zwang dem Präsidenten Anfang 2004 das durch die boliviarische Verfassung gedeckte Abberufungsreferendum auf, das am 14. August 2004 einen deutlichen Sieg für Chávez erbrachte. Mit dem Staat als Gegner, gestützt nur noch von schwachen und resignierenden Oppositionsparteien, dem Verlust an Mitgliedsverbänden und vermutlich auch finanziell ausgeblutet, schrumpften die realen Einflussmöglichkeiten der CTV auf ein Minimum. Der Verband war in die Bedeutungslosigkeit abgeglitten.

4. Die übrigen gewerkschaftlichen Dachverbände der “Vierten Republik”

Die drei übrigen gewerkschaftlichen Dachverbände waren und sind hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl wenig bedeutsam. An den innergewerkschaftlichen Wahlen der *Confederación de Sindicatos Autónomos de Venezuela* (CODESA) beteiligten sich 2001/2002 nur 9.300 Mitglieder in 34 nationalen und regionalen Verbänden. Bei der *Confederación General de Trabajadores* (CGT) waren es 7.940 Mitglieder in 49 nationalen und regionalen Organisationen. Beide Verbände haben ihre Wurzeln in der sozialchristlichen Gewerkschaftsbewegung, die 1945 von Jesuiten ins Leben gerufen wurde. Ein Teil dieser Bewegung fungierte später als gewerkschaftlicher Arm der Partei COPEI, während sich CODESA 1964 als Dachverband konstituierte (Urquijo 2000: 24, 30). CODESA und die CGT gehörten bis 2008 dem christlichen Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) und auf kontinentaler Ebene der *Central Latinoamericana de Trabajadores* (CLAT) an. Die CGT sympathisierte anfänglich mit dem Projekt des Präsidenten Chávez und mehrere ihrer Vorstandsmitglieder haben höhere Posten im Regierungsapparat erhalten.

Als gewerkschaftlicher Arm der Kommunistischen Partei (PCV) stellt die 1963 entstandene *Central Unitaria de Trabajadores de Venezuela* (CUTV) einen weiteren Dachverband, der sich insbesondere auf die Metallarbeiter des Bundesstaates Aragua stützt. Über ihre Mitgliederzahlen sind keine Aussagen möglich, weil sie sich keinen Wahlen unterzogen hat.

Die Kommunistische Partei und die CUTV als ihr Transmissionsriemen unterstützen prinzipiell das chavistische Projekt. Der Generalsekretär des PCV, Oscar Figuera, ist zugleich Präsident der CUTV und Parlamentsabgeordneter und vertritt orthodoxe marxistisch-leninistische Positionen. Die Weigerung der Kommunistischen Partei, der Mitte Dezember 2006 vom Präsidenten erhobenen Forderung nach der Selbstauflösung des PCV nachzukommen und sich in die boliviarische Sozialistische Einheitspartei (*Partido Socialista Unido de Venezuela*, PSUV) einzugliedern, ist ein Indiz für eine

gewisse Distanz gegenüber dem Chavismus. Hierfür spricht auch, dass der Abgeordnete Figuera als bisheriger Vorsitzender des Parlamentsausschusses für soziale Entwicklung, dem so wichtige Gesetzesvorhaben wie ein neues Arbeitsgesetz und die Reform der Sozialversicherung obliegen, Anfang 2010 entgegen dem Willen seiner Partei und auf Betreiben der chavistischen Mehrheit in seiner parlamentarischen Position nicht bestätigt worden ist.

5. Die Ambivalenz des Chavismus gegenüber regimetreuen Gewerkschaftsverbänden

Seit April 2003 existierte eine provisorische Gewerkschaftsjunta unter der Bezeichnung *Unión Nacional de Trabajadores* (UNT), die von Anhängern des Präsidenten Chávez aus dem Umfeld der seinerzeitigen "Bewegung der Fünften Republik" gebildet wurde. Ihre Basis setzte sich zum größten Teil aus Organisationen zusammen, die vormals zur CTV gehört hatten. Nach nicht überprüfbaren eigenen Angaben verfügte die UNT im Jahr 2005 über ca. 600.000 Mitglieder. Dem unmittelbaren Druck der Regierung ausgesetzt, dürften die verschiedenen Verbände vor allem aus der öffentlichen Verwaltung und den Staatsunternehmen stammen. Von Anfang an konkurrierten innerhalb der UNT mehrere Strömungen um die Vorherrschaft, weswegen der für die Rechtsfähigkeit und die Wahl eines ordentlichen Vorstands notwendige Gründungskongress mit mehr als 2.000 Delegierten erst im Juni 2006 einberufen werden konnte. Er geriet zur Konfrontation zweier größerer Fraktionen: einer augenscheinlichen Mehrheit um den Gewerkschaftsführer Orlando Chirino, der für sofortige Wahlen eintrat, und einer Minderheit um die Gewerkschaftsführerin Marcela Máspero, die angesichts der anstehenden Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 für eine Verschiebung plädierte. Mit dem Rückzug der Minderheit war der Kongress gescheitert.

Orlando Chirino, der sich als bekannter Gewerkschaftsführer entschieden gegen den Streik in der Erdölwirtschaft ausgesprochen hatte, repräsentiert die trotzkistische *Corriente Clasista Unitaria Revolucionaria Antiimperialista* (C-CURA), die sich der "III. Internationale" verbunden fühlt, und tritt heute für eine einheitliche "demokratische, partizipative und autonome" Gewerkschaftsbewegung ein. Anlässlich des Verfassungsreferendums vom 2. Dezember 2007 rief er zur Stimmenthaltung auf und ist vermutlich deswegen im Februar 2008 von seinem Arbeitgeber, der Staatsfirma PDVSA, entlassen worden. Marcela Máspero war in der "Vierten Republik" Parlamentsabgeordnete für die sozialchristliche Partei COPEI, Vorstandsmitglied der CTV und des christlichen regionalen Gewerkschaftsverbandes CLAT

und leitet gegenwärtig eine Gruppe mit der Bezeichnung *Opción de Izquierda Revolucionaria* (OIR). Sie tritt für eine bedingungslose Unterstützung von Präsident Chávez ein und ist dessen sozialistischer Einheitspartei zugehörig. Außerdem waren in der UNT neben einer Reihe von Minigruppen drei weitere Fraktionen aktiv: Die orthodox-chavistische *Fuerza Bolivariana de Trabajadores* (FBT) unter Führung des damaligen Arbeitsministers José Ramon Rivero, des ehemaligen Ministers für die Leichtindustrie José Khan und des PSUV-Parlamentsabgeordneten Oswaldo Vera, der 2007 die Auflösung der UNT mit dem Argument vorschlug, sie habe mit der "Liquidierung" der CTV ihre Hauptaufgabe erfüllt; die *Autonomia Sindical* als gewerkschaftlicher Arm der mit dem Chavismus verbündeten Partei *Patria para Todos* (PPT) unter der Führung des Abgeordneten Orlando Castillo; und der *Movimiento de Trabajadores Revolucionarios Alfredo Maneiro* (MONTRAM), der eine gewisse Basis im öffentlichen Sektor besitzt und deren Führer, Franklin Rondón und der Abgeordnete Francisco Torrealba, ebenfalls zur sozialistischen Einheitspartei gehören.

Das Fiasko des gescheiterten Gründungskongresses der UNT zeigte, dass die verschiedenen Fraktionen und die zahlreichen Gruppen und Grüppchen der dem Chavismus verbundenen Gewerkschaftsführer nicht in der Lage waren, einen Minimalkonsens über gewerkschaftspolitische Strategien zu erzielen und dass zahlreiche persönliche Animositäten, Rivalitäten und Ambitionen jegliche Sachdebatte überlagerten. Es erwies sich auch, dass der Chavismus, der bis Ende 2006 aus einer Koalition von vier Parteien bestand, über kein gemeinsames gesellschaftspolitisches Grundverständnis verfügte, in dem die Gewerkschaften verortet gewesen wären. Doch schon bald nach der Ankündigung, die sozialistische Einheitspartei zu gründen, verdeutlichte Präsident Chávez seine Sichtweise zur Rolle gesellschaftlicher Organisationen. Am 26. März 2007 erklärte er in einer seiner häufigen und per Gesetz von allen staatlichen wie privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten zu übertragenden Ansprachen ("Cadena Nacional") u.a.:

Wir benötigen den industriellen Flügel und den politischen Flügel. Die Partei, die Gewerkschaften, aber nicht jede mit ihrem eigenen Weg. Die Gewerkschaften agieren wie eine weitere Partei, sie haben ihre Führung und sie treffen autonome Entscheidungen; das kann so nicht sein, wir sind nicht gekommen, um Wirrwar zu machen, sondern eine Revolution (Übers. d. Verf.).

Und Jesse Chacón, seinerzeit Minister für Telekommunikation und gleichzeitig Präsident der Telekommunikationsgesellschaft CANTV, später mit

anderen Führungspositionen betraut, bemerkte in einer Ansprache an die Beschäftigten des kurz zuvor verstaatlichten Unternehmens im April 2007:

Jetzt sind Sie alle Angestellte des revolutionären Staates und müssen Ihre Rechte den Interessen der Revolution unterordnen, und wer damit nicht einverstanden ist, hat die Freiheit, das Unternehmen zu verlassen [...] (Übers. d. Verf.).

Die politische Konzeption von Präsident Chávez ist die einer delegativen Demokratie, in der dem Präsidenten für die Dauer der Amtsperiode vom Volk alle Macht übertragen wird, um dessen Willen zu vollstrecken. Gewaltenteilung, richterliche Unabhängigkeit und intermediäre Institutionen wie Parteien oder Gewerkschaften haben in diesen Vorstellungen keinen eigenständigen Platz, da durch sie die direkte Kommunikation zwischen Führer und Volk nur gestört und der Volkswille womöglich verfälscht würde. Venezuela, dessen "leidendes" und "vergessenes" Volk ihn in das Präsidentenamt "katapultiert" habe und das von sozialen Explosionen im Inneren und wegen seiner Rohstoffe von außen bedroht sei, bedürfe einer starken Regierung, weswegen das "exklusive präsidentielle Prinzip der Staatsführung" gelten müsse (Chávez 1999). Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer mache deshalb nur Sinn, wenn diese integraler Bestandteil der revolutionären Einheitspartei sind, deren Rolle strikt auf die Vorbereitung und Organisation von Wahlen sowie auf Mobilisierungs- und Lautsprecherfunktionen für seine Botschaften beschränkt ist.

Diese Sichtweise unterscheidet den Chavismus nicht grundsätzlich von den Praktiken der Parteien und Regierungen vor 1999. Neu hingegen ist die Intensität der staatlichen und parteipolitischen Vereinnahmung und neu ist vor allem der Versuch der Instrumentalisierung der Gewerkschaften innerhalb eines autoritären Regierungssystems, das als plebiszitäre Demokratie einen dezidiert antipluralistischen Charakter hat und dessen totalitäre Ambitionen unverkennbar sind.

Aus der Konkursmasse der UNT sind zwei nennenswerte Initiativen hervorgegangen, die sich beide dem Präsidenten und seiner sozialistischen Einheitspartei verpflichtet fühlen. Dabei scheint die maßgeblich auf Betreiben des PSUV-Parlamentsabgeordneten Oswaldo Vera im August 2008 gegründete Dachorganisation *Central Socialista de Trabajadores* (CST) im Vorteil zu sein, worauf auch die außerordentlich rasch vollzogene Zulassung durch das Arbeitsministerium im Oktober desselben Jahres hindeutet. Vera ist Präsident dieses Verbandes und Franklin Rondón, der eine gewisse gewerkschaftliche Basis im öffentlichen Sektor hat, sein Generalsekretär (<www.cst.org.ve>; 14.01.2010). Die CST, die vorgibt, sich auf neun nationale Ver-

bände mit 1,2 Mio. Mitgliedern zu stützen, ist insoweit eine Organisation *sui generis*, als sie sich nur als transitorisch begreift, solange der kapitalistische Staat und der private Sektor bestehen. Sie will dazu beitragen, den gegenwärtigen durch einen neuen sozialistischen Staat zu überwinden und geht davon aus, dass nach der Entstehung einer neuen Gesellschaft und eines neuen Staates die Gewerkschaftsfunktionen und -strukturen redefiniert werden müssten. Ebenso will sie als Verkörperung der sozialistischen und bolivarianischen Gewerkschaftsbewegung ihre Unabhängigkeit gegenüber den privaten kapitalistischen und den öffentlichen kapitalistischen Arbeitgebern bis zur Vollendung der neuen sozialistischen Wirtschaft bewahren (<www.alainet.org/active2506>; 14.01.2010).

Deswegen müsse gegenwärtig der Kampf um die Durchsetzung besserer Tarifverträge erst einmal weitergeführt werden. Aber zugleich müssten die Arbeiter sukzessive ihre immer gewichtigere Rolle annehmen:

Da es ohne organisierte und bewusste Arbeiter und Arbeiterinnen keinen Sozialismus geben kann, sagen wir voraus, dass der neue gewerkschaftliche Dachverband nicht nur die Organisation (der Arbeiter) im ganzen Land vorantreiben muss, sondern auch die in den Arbeiter- und Arbeiterinnenräten (<www.alainet.org/active2506>, 14.01.2010), Übers. d. Verf.).

Damit liegt die CST gänzlich auf der Linie von Präsident Chávez, dessen Verstaatlichungspolitik in allen Bereichen der Wirtschaft (Telekommunikation, Erdöl-, Elektrizitäts- und Bauwirtschaft, Grundstoffindustrien, Banken, Lebensmittelproduktion und -handel) zum Ziel hat, das Gewicht des privaten Sektors zugunsten einer staatlich gelenkten Wirtschaft zu verringern und neue Eigentumsformen zu schaffen. Dem massiven Aufbau von sogenannten "Unternehmen sozialer Produktion" ("Empresas de Producción Social", EPS) kommt hierbei eine Schlüsselstellung für die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse zu, deren Kennzeichen die partizipative und demokratische Einbindung der Beschäftigten sein soll (Proyecto Nacional Simón Bolívar 2007-2021). Die Leitung der Unternehmen soll sozialistischen Arbeiterräten (*Consejos Socialistas de Trabajadores y Trabajadoras*) obliegen, in denen die jeweiligen Betriebsgewerkschaften mitwirken könnten, allerdings ihre bisherigen Funktionen längerfristig verlören. Der Chefororganisator und einer der führenden Ideologen des PSUV, General Alberto Müller, drückte dies so aus:

In der sozialistischen Gesellschaft verlieren die Gewerkschaften ihren Sinn, weil die Arbeiter nicht gegen die Arbeiter kämpfen werden. Es gäbe dann keine Dialektik zwischen Kapital und Arbeit oder Kapitalismus und Arbeit mehr [...] (Tageszeitung *El Correo de Caroní*, 16.06.2009).

Die zweite Initiative ist etwas konventionellerer Art. Auf Betreiben von Marcela Máspero und anderer bekannter Gewerkschaftler aus dem Chavismus besteht sie aus dem Versuch, die UNT mithilfe eines Anfang Dezember 2009 einberufenen außerordentlichen Kongresses zu revitalisieren. Eine eingesetzte provisorische Arbeitsequipe soll bis zum 15. Juni 2010 für innergewerkschaftliche Vorstandswahlen sorgen. Die von diesem Kongress verabschiedeten Resolutionen bedienen sich zwar einer radikalen Rhetorik und beschwören das Ziel des revolutionären Übergangs zum Sozialismus, beinhalten aber zugleich eine Serie praktischer Forderungen eher traditioneller Provenienz wie neue Tarifverträge für die Beschäftigten der Erdöl- und Elektrizitätswirtschaft, die Wiedereinstellung entlassener Gewerkschaftsfunktionäre im öffentlichen und privaten Sektor oder den Protest gegen die Einmischungen der obersten Wahlbehörde in innergewerkschaftliche Wahlen (<www.aporrea.org/trabajadores/n146780>; 15.12.2009). Obgleich an diesem Wiederbelebungsversuch des jetzt UNETE genannten Verbandes (auch UNT) Vertreter einiger gewichtiger nationaler Föderationen – wie die der Elektrizitätsbeschäftigten – teilgenommen haben und damit ein deutlich höherer Grad an Repräsentativität als im Falle des Gründungskongresses der CST erreicht worden zu sein scheint, gibt es keine sichtbaren Hinweise dafür, dass UNETE die Gunst des PSUV oder, was dasselbe wäre, des Präsidenten Chávez gewährt wird. Andererseits lässt sich konstatieren, dass der Chavismus in einem weiteren Sinne gewerkschaftspolitisch nach wie vor gespalten ist.

Der trotzkistische Gewerkschaftsführer Orlando Chirino, der bei dem gescheiterten Gründungskongress der UNT 2006 dem Anschein nach die Mehrheitsfraktion angeführt hatte, steht mittlerweile in offenem Widerspruch zum Chavismus und bekämpft insbesondere das Projekt der sozialistischen Unternehmensräte, weil es die Selbstständigkeit und die Autonomie der Gewerkschaften angreife. Zusammen mit Vertretern der oppositionellen CTV und anderen Organisationen hat er eine Bewegung gegründet (*Movimiento de Solidaridad Laboral*), die für eine politisch pluralistische und von Staat und Parteien unabhängige Gewerkschaftsbewegung eintritt. Die CST und UNETE bezeichnet er als Regierungsgewerkschaften (<www.solidaridalaboral.com>; 14.01.2010).

6. Die venezolanischen Dachverbände in internationaler Perspektive

Im Jahr 2006 ging aus dem Zusammenschluss des “Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften”, des christlichen “Weltverbandes der Arbeitnehmer” und einer Reihe unabhängiger nationaler Verbände der “Internationale Gewerkschaftsbund” (IGB) hervor, der weltweit rund 164 Mio. Arbeitnehmer repräsentiert (Wachendorfer 2007). Dem folgte Anfang 2008 die Neugründung der *Confederación Sindical de Trabajadores/as de las Américas* (CSA), an der die bisherigen Regionalorganisationen der *Organización Regional Interamericana de Trabajadores* (ORIT), die *Central Latinoamericana de Trabajadores* (CLAT) und einige nationale Organisationen beteiligt waren. Die CSA mit Sitz in São Paulo stellt mit 65 Dachverbänden und rund 24 Mio. Mitgliedern einen ernst zu nehmenden regionalen Faktor dar, zumal die stärker auf Autonomie und demokratische Strukturen bedachte Gewerkschaftsbewegung – insbesondere in den Ländern des Cono Sur – mit der Machtübernahme verschiedener progressiver Regierungen erheblich an Gewicht gewonnen hat (Meier/Wachendorfer 2009). Die drei eher an den früheren Korporativismus gewöhnten venezolanischen Dachverbände CTV, CODESA und CLAT gehören der CSA zwar an, haben aber wegen ihres bedrängten Status, der traditionellen konzeptionellen Schwäche und des aktuellen Kampfes um das eigene Überleben beim Vereinigungsprozess keinerlei Rolle spielen können und es bislang auch nicht geschafft, über Gespräche hinaus Schritte zur Bildung eines einheitlichen Verbandes zu übernehmen.

Die UNT bzw. UNETE und die kommunistische CUTV lehnen die Mitgliedschaft in der CSA ab. Die UNETE-Führerin Marcela Máspero, die noch bis Januar 2007 Mitglied im Exekutivkomitee der CLAT war, hält die Fusion von ORIT und CLAT für ein Manöver der Oligarchien und des Imperialismus mit dem Ziel der Isolierung des Chavismus. Die CUTV ist auf internationaler Ebene Mitglied des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes (WGB) und auf kontinentaler Ebene Teil des *Comité Permanente de Unidad Sindical de los Trabajadores de América Latina* (CPUSTAL), das sich heute maßgeblich auf die kubanischen Gewerkschaften stützt. Über eine internationale Anbindung der CST ist bislang nichts bekannt geworden.

Literaturverzeichnis

- Allemann, Fritz René (1974): *Macht und Ohnmacht der Guerrilla*. München.
- Arrieta, José (2008): "Sindicalismo en Tiempos de la Revolución 1999-2008". In: *Revista SIC* (Caracas), 30 (Sonder-Nr.), S. 481-484.
- Aznarez, Fernando (2009): *Fortalecimiento de Organizaciones de Trabajadores, promoviendo la Formación Sindical y facilitando su Intervención en el Mercado de Trabajo y en los Procesos de Codesarrollo*, Organización Internacional de Trabajo. Lima, S. 11.
- Blanco Muñoz, Agustín (³1998): *Habla el Comandante*. Caracas.
- Chávez, Hugo (1999): *Carta del Presidente Hugo Chávez a la Corte Suprema de Justicia*. Caracas: <www.analitica.com>.
- Consejo Nacional Electoral (2002): *La Renovación de la Dirigencia Sindical en Cifras*. Caracas.
- Godio, Julio (1983): *El Movimiento Obrero Venezolano 1965-1980*. Vol. III. Caracas.
- Haya de la Torre, Victor Raúl (1926): "¿Qué es el A.P.R.A.?". In: *The Labour Monthly: A Magazine of International Labour*, 8, 12, S. 756-759.
- Iranzo, Consuelo/Richter, Jacqueline (2005): "La Relación Estado-sindicatos en Venezuela". In: *Venezuela Visión plural. Una mirada desde el Cendes*. Tomo II. Caracas, S. 653-684.
- López Maya, Margarita (1989): *El Banco de los Trabajadores ¿Algo más que un banco?* Caracas.
- Meier, Katharina/Wachendorfer, Achim (2009): *Lateinamerikanische Gewerkschaften im Aufwind: neue Chancen für eine globale Partnerschaft? Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit*. Bonn.
- Oficina Central de Estadística e Informática, *Informe Anual 2004* (2005). Caracas.
- Proyecto Nacional Simón Bolívar 2007-2013 (2007): *Primer Plan Socialista. Desarrollo Económico y Social de la Nación 2007-2013* (<www.gobiernoenlinea.ve>).
- Roberts, Kenneth (2003): "Social Polarization and the Populist Resurgence in Venezuela". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg): *Venezuelan Politics in the Chávez Era. Class, Polarization, and Conflict*. Boulder/London, S. 55-72.
- Santolo, Daniel (2002): Das unveröffentlichte Abstimmungsergebnis teilte D. Santolo als Präsident der Wahlkommission dem Koautor dieses Beitrages, R. Díaz, 2002 mit. R. Díaz war zu diesem Zeitpunkt Berater der Wahlkommission und der CTV.
- Urquijo, José Ignacio (2000): *El Movimiento Obrero de Venezuela*. Caracas.
- Wachendorfer, Achim (2007): *Gewerkschaftslandschaft im Umbruch? Die Auswirkungen der Gründung der IGB-Regionalorganisation in Lateinamerika. Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit*. Bonn.